

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Heike Hänsel, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu und der Fraktion DIE LINKE.

Parlamentswahlen und die politische Situation in der Republik Moldau

Am 30. November 2014 waren die Bürgerinnen und Bürger der Republik Moldau aufgerufen, das Parlament ihres Landes neu zu wählen. Nach den von Unregelmäßigkeiten überschatteten Wahlen wurde die Sozialistische Partei (PSRM) stärkste Kraft. Mit knapp 20,51 Prozent der Stimmen erhält die PSRM im neuen Parlament 25 Mandate. Zweitstärkste Kraft wurde die Liberaldemokratische Partei (PLDM) mit 20,16 Prozent. Auf Platz drei folgen die Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PCRM) mit 17,48 Prozent (21 Mandate), die Demokratische Partei (PDM) mit 15,8 Prozent und die Liberale Partei (PL) mit 9,67 Prozent (www.voteaza.md/r/r/). Damit verfügen die drei „Pro-EU-Parteien“ über 45 Prozent Stimmenanteil und insgesamt 55 Mandate (von insgesamt 101) im Parlament: PLDM mit 23 Mandaten, PDM mit 19 Mandaten, PL mit 13 Mandaten (www.cec.md/index.php?pag=news&id=1042&rid=12471&l=ro). Die PSRM, die eine Kündigung des erst im Juni 2014 unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU und einen Beitritt zur Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan anstrebt, kommt zusammen mit der PCRM auf 38 Prozent und insgesamt 46 Mandate.

PLDM, PDM und PL haben sich inzwischen auf die Bildung einer neuen Regierung Moldaus geeinigt, die eine weitere Annäherung Moldaus an die EU anstrebt. Allerdings ist der Wahlsieg der drei Parteien nur unter anderem durch den Ausschluss einer rivalisierenden Partei von der Wahl und das Vorenthalten von Stimmzetteln in Wahllokalen zustande gekommen. Nur so habe ein schwerer Schlag für Brüssel und Berlin vermieden werden können, der ein Sieg des oppositionellen Lagers gewesen wäre (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59013). Für entsprechende Irritationen sorgte, dass drei Tage vor der Wahl die Partei „Patria“ (Heimat) verboten wurde, weil sie vermeintlich aus Russland finanziert wurde. Ihr wurden in Umfragen bis zu 18 Prozent vorhergesagt (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/russland-behindert-moldauer-bei-parlamentswahlen-in-moldau-13295288.html). Die Zulassung der Scheinpartei „Kommunistische Partei der Reformer Moldaus“, einer weithin unbekanntem Partei, deren Name demjenigen der in Moldau traditionell starken Kommunistischen Partei stark ähnelt und die außerdem auf den Wahlzetteln mit demselben Kürzel (PCRM) und demselben Logo (Hammer und Sichel) wie diese erscheint, könnte einzig aus dem Grund erfolgt sein, der Kommunistischen Partei Stimmen wegzunehmen (www.bayernkurier.de/zeitung/artikel/ansicht/14971-keine-klare-entscheidung-fur-europa.html). Mit 4,92 Prozent blieb sie unter der 2013 angehobenen 6-Prozent-Hürde (davor 4-Prozent-Hürde), „stahl der Kommunistischen Partei und damit dem EU-skeptischen Spektrum allerdings wertvolle

Stimmen – mutmaßlich durch gezielt provozierte Verwechslung“ (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59013).

Etwa 700 000 Moldauer, die sich in Russland zur Arbeit aufhalten und wohl mehrheitlich für Parteien des oppositionellen Lagers gestimmt hätten, konnten nicht wählen, weil in Russland nur fünf Wahllokale (www.voteaza.md/sectii_pestii_hotare) und nur 15 000 Wahlzettel zur Verfügung standen (www.bayernkurier.de/zeitung/artikel/ansicht/14971-keine-klare-entscheidung-fur-europa.html).

Trotzdem würdigte der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier den „erfolgreichen“ Verlauf der Parlamentswahl in der Republik Moldau: „Mit den erfolgreich verlaufenen Wahlen haben die politisch Verantwortlichen in Chisinau nun die historische Chance, den vor Jahren eingeschlagenen Reformweg konsequent fortzusetzen“ (AFP-Meldung vom 2. Dezember 2014). Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) teilte lediglich euphemistisch mit, dass der kurzfristige Ausschluss der Partei „Patria“ Fragen aufwerfe und es nicht gelungen sei, für die Moldauer im Ausland angemessene Umstände für die Wahl zu schaffen (www.wz-net.de/wz_21_110790947-1-_Richtungswahl-in-Moldau-Kurs-nach-Osten-oder-Westen.html). Dagegen haben die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei Klage wegen Wahlbetrugs eingereicht (www.neues-deutschland.de/artikel/954894.moldau-droht-wahlwiederholung.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit bleibt die Bundesregierung dabei, dass sie den Ablauf der Parlamentswahlen in der Republik Moldau als „gut organisiert“ begrüßt (Antwort auf die Schriftliche Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 18/3519), vor dem Hintergrund, dass
 - a) die 4-Prozent-Hürde 2013 auf 6 Prozent aufgesetzt wurde,
 - b) etwa 700 000 Moldauer in Russland – gut ein Drittel aller Stimmberechtigten in der Republik Moldau – nur in fünf Wahllokalen wählen konnten, für die zudem zu wenige Stimmzettel zur Verfügung standen,
 - c) nur 15 000 Stimmzettel für die ca. 700 000 Moldauer in Russland zur Verfügung standen bzw. nur so viele in der moldauischen Hauptstadt eintrafen (www.neues-deutschland.de/artikel/954894.moldau-droht-wahlwiederholung.html),
 - d) durch technische Defekte bei den neu eingeführten Wahlmaschinen, durch die eine doppelte Stimmabgabe verhindert werden sollte, rund 200 Computer zumindest vorübergehend nicht an das zentrale Wahlsystem angeschlossen werden konnten (derstandard.at/2000008904687/Kommunisten-fechten-Wahl-in-Moldau-an),
 - e) eine „Scheinpartei“ zugelassen wurde, um der bisher stärksten Partei, der Kommunistischen Partei, und damit dem EU-skeptischen Spektrum wertvolle Stimmen abnehmen zu können?
2. Inwieweit ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die in Frage 1 beschriebenen Maßnahmen dazu beigetragen haben, dass die Wahlen transparent, fair und frei verlaufen sind?
 - a) Wenn ja, in welcher Weise?
 - b) Wenn nein, worauf führt die Bundesregierung dies zurück?

3. Inwieweit sieht die Bundesregierung den Verlauf der Parlamentswahlen in der Republik Moldau unabhängig der Vorwürfe allein schon deshalb als erfolgreich verlaufen an, weil sich die ihnen nahestehenden, auf Pro-EU-Kurs befindlichen Parteien PLDM, PDM und PL durchgesetzt haben und somit den auch von der Bundesregierung gewünschten „prowestlichen“ Kurs fortsetzen können (AFP-Meldung vom 2. Dezember 2014)?
4. Worin bestehen die konkreten Unterschiede zwischen der Situation in Transnistrien und der Republik Moldau vor dem Hintergrund der Aussage der Bundesregierung, der „private Austausch für berufliche oder wissenschaftliche Zwecke“ zwischen beiden Landesteilen sei möglich, die „organisierte Zivilgesellschaft unterliegt in Transnistrien jedoch strenger Kontrolle und ist daher in ihren Betätigungsfeldern (einschließlich Kooperationen mit externen Partnern) stark eingeschränkt“ (Bundestagsdrucksache 18/3393)?
5. Welche konkreten Belege hat die Bundesregierung für ihre Behauptung, dass sich aus ihrer Sicht im Laufe des Jahres 2014 das Verhältnis zwischen der moldauischen Zentralregierung und der Autonomen Territorialen Einheit Gagausien kontinuierlich verschlechterte, „im Wesentlichen eine Folge der Unterstützung, die prorussische Kräfte in der Region aus Russland erhalten“ sei, deren Ausdruck angeblich die „Durchführung eines Referendums am 2. Februar 2014 in Gagausien über die künftige außenpolitische Orientierung der Republik Moldau“ ist (Bundestagsdrucksache 18/3393)?
6. Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Durchführung des Referendums am 2. Februar 2014 in Gagausien über die künftige außenpolitische Orientierung der Republik Moldau nicht im Wesentlichen die Folge der im Juni 2013 abgeschlossenen Verhandlungen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) zwischen der EU und der Republik Moldau sowie dem auf dem Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius am 29. November 2013 paraphierten Assoziierungsabkommen (einschließlich der DCFTA)?
7. Inwieweit sieht die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis in dem im September 2013 durch Russland verhängten Einfuhrstopp für moldauischen Wein und den ergriffenen Maßnahmen, mit denen der Zugang der Bürgerinnen und Bürger der Republik Moldau zum russischen Arbeitsmarkt eingeschränkt wurde, eine Reaktion auf die im Juni 2013 abgeschlossenen Verhandlungen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) zwischen der EU und der Republik Moldau, die im Nachgang dazu von der Europäischen Kommission vorgeschlagene bzw. geplante Aufhebung der Visumpflicht für die Bürgerinnen und Bürger der Republik Moldau sowie für die auf dem Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius im November 2013 geplante Paraphierung des Assoziierungsabkommen (einschließlich der DCFTA)?
8. Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass Russland infolge des im Oktober 2014 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommen mit der EU, die Einfuhr moldauischer Agrarerzeugnisse gestoppt hat und deshalb 180 000 Tonnen Äpfel verfaulen und die moldauische Agrarwirtschaft allein in acht Wochen nach dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens Ausfälle von über 200 Mio. US-Dollar zu beklagen hat (www.neues-deutschland.de/artikel/954894.moldau-droht-wahlwiederholung.html)?
9. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Umgehung der russischen Sanktionen durch moldauische Firmen über belarussische und abchasische Zwischenhändler (www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2014-11-06/russian-sanctions-against-moldova-minor-effects-major-potential)?

10. Inwieweit hat die Bundesregierung bei ihrer Unterstützung des Abschlusses eines EU-Assoziierungsabkommens mit der Republik Moldau kalkuliert, dass die Abschaffung der Zölle für Waren aus der EU nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland, das keine Abgaben auf Einfuhren aus Moldau erhoben hat, mit Importen aus der EU konfrontiert würde, weshalb Russland immer wieder für den Fall eines Abschlusses eines Assoziierungsabkommens angekündigt hatte, Zölle für Waren aus Moldau zu erheben bzw. zum Schutz seiner Wirtschaft erheben zu müssen (www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/nach-unterzeichnung-von-eu-abkommen-moskau-droht-ukraine-und-moldau-13013681.html)?
11. Inwieweit hat die Bundesregierung bei ihrer Unterstützung des Abschlusses eines EU-Assoziierungsabkommens mit der Republik Moldau kalkuliert, dass – da Russland der wichtigste Absatzmarkt für Produkte aus Moldau ist – die Einführung von Zollschränken durch Russland verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft Moldaus hat (www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/nach-unterzeichnung-von-eu-abkommen-moskau-droht-ukraine-und-moldau-13013681.html)?
12. Inwieweit hat die Republik Moldau im strategischen Ringen zwischen Russland und der EU um die Grenzregionen im Schnellverfahren die Visa-Freiheit errungen (www.dw.de/moldauer-d%C3%BCrfen-visafrei-in-die-eu-reisen/a-17592329)?
13. Inwieweit ist die Visafreiheit letztlich eher ein symbolischer Akt, weil die Mehrheit der Moldauer relativ einfach rumänische Pässe bekommen können, wenn sie ihre rumänische Herkunft beweisen können und somit ohnehin Zugang zur EU hatten und haben (www.dw.de/moldauer-d%C3%BCrfen-visafrei-in-die-eu-reisen/a-17592329)?
14. Inwieweit hat sich die Zahl der Einreisen moldauischer Bürgerinnen und Bürger in die EU vor dem Hintergrund verändert, dass sie an der Grenze das Reiseziel angeben und einen Mindestbetrag von 50 Euro pro Reisetag und bzw. oder ein Hin- und Rückflugticket vorweisen müssen (www.dw.de/moldauer-d%C3%BCrfen-visafrei-in-die-eu-reisen/a-17592329)?
15. Inwieweit bleibt die Bundesregierung dabei, Forderungen Moldaus (aber auch Georgiens) nach einer Aufnahme in die Europäische Union eine Absage zu erteilen, weil dies nicht Ziel der östlichen Partnerschaft gewesen sei bzw. ist (Bundestagsdrucksache 18/2258)?
16. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen sind mit den ausgezahlten 25,7 Mio. Euro von den zugesagten 35,9 Mio. Euro im Bereich der Technischen Zusammenarbeit (TZ) in den Jahren 2012 und 2013 (Bundestagsdrucksache 18/2258) unterstützt worden (bitte entsprechend der Jahre die Projekte mit finanziellem Umfang der Förderung, Projektort und Projektziel auflisten)?
17. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen sind mit den ausgezahlten 6,3 Mio. Euro von den zugesagten 16,5 Mio. Euro im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) in den Jahren 2008 und 2013 (Bundestagsdrucksache 18/2258) unterstützt worden (bitte entsprechend der Jahre die Projekte mit finanziellem Umfang der Förderung, Projektort und Projektziel auflisten)?
18. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass die US-amerikanische Entwicklungsorganisation USAID „kürzlich bis zu zwölf Beihilfen für die ‚Zivilgesellschaft‘ ausgeschrieben [habe] (jeweils mit einer Höchstfinanzierung von 20 000 Euro) um eine ‚positive öffentliche Wahrnehmung‘ der Vorteile des EU-Abkommens zu verstärken“, USAID „also für EU-PR in dem osteuropäischen Land“ – gemeint ist Moldau – zahlt (www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/nach-unterzeichnung-von-eu-abkommen-moskau-droht-ukraine-und-moldau-13013681.html)?

derstandard.at/2000008719631/Moldau-will-wegen-Russland-keinen-Nato-Beitritt)?

19. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse, dass die EU von der Republik Moldau über das Assoziierungsabkommen „auch die Koordinierung der militärischen Politik verlangt“, da in diesem von einer „schrittweisen Konvergenz im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu lesen“ sei, wonach die Vertragsparteien „die praktische Zusammenarbeit bei der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Beteiligung der Republik Moldau an von der EU geleiteten zivilen und militärischen Krisenbewältigungsoperationen so wie an entsprechenden Übungen und Ausbildungsmaßnahmen auf Einzelfallbasis und auf etwaige Einladung der EU“ intensivieren (www.derstandard.at/2000008719631/Moldau-will-wegen-Russland-keinen-Nato-Beitritt)?
20. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass im kommenden Jahr die NATO ein Büro in Chişinău eröffnen will (www.ng.ru/cis/2014-12-09/1_moldavia.html), und inwieweit hat die Bundesregierung darüber Kenntnisse, dass dieses Büro analog zu denen in der Ukraine die moldauische Öffentlichkeit über das Bündnis informieren sowie moldauische Militärreformen bzw. die Modernisierung von Kommandostrukturen begleiten soll (www.tagesschau.de/ausland/die-nato-in-osteuropa-100.html)?
21. Welche konkreten Maßnahmen und Projekte beinhaltet die auf dem NATO-Gipfel in Wales am 4. und 5. September 2014 beschlossene Ausrichtung der Initiative der NATO zum Aufbau von Verteidigungs- und zugehörigen Sicherheitskapazitäten neben Georgien und Jordanien auch auf die Republik Moldau, um das NATO-Engagement gegenüber diesen Ländern zu stärken „und dem Bündnis dabei zu helfen, Stabilität ohne die Dislozierung großer Kampftruppen über die Bündnisgrenzen hinaus zu tragen, und zwar als Teil des Gesamtbeitrags des Bündnisses zur Sicherheit und Stabilität auf der Welt sowie zur Konfliktprevention“, wobei sich die Initiative „auf den umfangreichen Sachverstand der NATO bei der Unterstützung und Beratung von Nationen beim Aufbau von Verteidigungs- und zugehörigen Sicherheitskapazitäten“ stütze (www.nato.diplo.de/contentblob/4325924/Daten/4919195/gipfelerklaerungwales.pdf)?
22. Welche Ausrüstung, die auch militärisch relevant sein könnte und somit in Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste – Anhang zur Außenwirtschaftsverordnung – oder in Anhang I der EG-Dual-Use-Verordnung – EG Nr. 428/2009 – genannt werden, sowie Ausrüstung, die auch zur Folter verwendet werden könnte, wie zum Beispiel bestimmte Hand- und Fußfesseln, und somit in Anhang III der Anti-Folter-Verordnung – EG Nr. 1236/2005 – aufgeführt werden, ist seit 2005 von der Bundesrepublik Deutschland in die Republik Moldau exportiert worden (bitte entsprechend nach Jahren den Umfang und Warenwert der Ausrüstungsgegenstände auflisten)?
23. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über in die Republik Moldau gelieferte Polizeiausrüstung (Helme und andere Schutzkleidung, Schilder, Handschellen, Funkgeräte, Fahrzeuge, Waffen), so genannte weniger letale Waffen, insbesondere Wasserwerfer, deren Komponenten und chemische Reizstoffe („Tränengas“ etc.) und IT-Technologie, die sich für die Überwachung des Internets und der Telekommunikation und deren Zensur eignet?
24. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die beteiligten militärischen Kräfte der Republik Moldau an dem vom US-Oberkommando in Europa (United States European Command, USEUCOM) initiierten und „im Geiste der NATO-Initiative ‚Partnerschaft für den Frieden‘ (Partnership for Peace, PfP)“ von der „Ukraine regelmäßig in enger Zusammenarbeit mit

den USA und unter Einbindung weiterer Länder“ durchgeführten Manöver „Rapid Trident 14“ vom 11. bis zum 28. September 2014 bei Javoriv unweit von Lviv (Ukraine) (www.bundeswehr-journal.de/2014/starke-signale-durch-rapid-trident-moskau/)?

25. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die Republik Moldau an dem größten multinationalen Manöver der NATO „Steadfast Jazz 2013“ vom 28. Oktober bis 9. November 2013 beteiligt war, und wenn Moldau beteiligt war, mit welchen Militärkräften nahm Moldau nach Kenntnis der Bundesregierung teil?
26. Waren oder sind moldauische Militärangehörige – beispielsweise im Rahmen des Lehrgangs internationaler Generalstabs- und Admiralstabsdienst (LGAI) – an Ausbildungsprogrammen der Bundeswehr seit dem Jahr 2000 beteiligt?
- Wenn ja, welche und wie viel Angehörige der moldauischen Streitkräfte waren an welchen Ausbildungsprogrammen beteiligt (bitte nach Jahren auflisten)?
27. Inwieweit leistete die Bundesregierung seit dem Jahr 2000 – auch außerhalb von Mehrjahresprogrammen – jeweils so genannte Ausstattungs- und Ausbildungshilfe bzw. Unterstützungsleistungen durch das
- a) Bundeskriminalamt (BKA),
 - b) Auswärtige Amt,
- (bitte nach genauer Hilfeart, Kosten, Jahren aufschlüsseln)?
28. Inwieweit sieht die Bundesregierung in der Aushandlung eines „Nichtangriffspaktes“ zwischen der Demokratischen Partei der Republik Moldau und der Liberaldemokratischen Partei durch EU-Diplomaten (www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=43183&tx_ttnews%5BbackPid%5D=27) eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Moldau analog zu der angeblichen Einmischung der Regierung der Russischen Föderation?

Berlin, den 18. Dezember 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

